

Sitzungsvorlage DS 2013/148

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: 17.04.2013)

Mitwirkung:

Aktenzeichen: 913.6

Verwaltungs- und Kulturausschuss

öffentlich am 29.04.2013

Gemeinderat

öffentlich am 13.05.2013

Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2012 der Stadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die für den zentralen Omnibusbahnhof an den GMS in Höhe von 18.352 € bezahlte Kapitalumlage 2012 wird über die zweckgebundene Stellplatzrücklage finanziert.
3. Die Gremien stimmen in ihrer Zuständigkeit dem vorläufigen Abschluss zu. Über den endgültigen Budgetabschluss beschließt der Gemeinderat abschließend im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2012.

Sachverhalt:

1. Haushaltsplan 2012 der Stadt

Der Haushaltsplan wurde am 12.12.2011 vom Gemeinderat beschlossen. Die Kreditermächtigung 2012 und die Verpflichtungsermächtigungen wurden vom Regierungspräsidium ohne Auflagen genehmigt. Nachdem zur Jahresmitte eine Anpassung der Kredit- und/oder der Verpflichtungsermächtigung nicht erforderlich erschien, wurde auf eine förmliche Nachtragsplanung verzichtet.

Als Alternative wurde dem Gemeinderat dafür am 16.07.2012 ein detaillierter Bericht über die Entwicklung der städtischen Finanzen im 1. Halbjahr 2012 zur Kenntnis gegeben. In der Sitzung wurden auch Finanzierungsbeschlüsse zu einigen unabwendbaren Budgetbelastungen (Mindereinnahmen und Mehrausgaben) und zur Finanzierung zusätzlich beschlossener Investitionen (Locherhofentwässerung, Lärmaktionsplan und Parkraumkonzept Nordstadt) gefasst.

Bei der Informationsveranstaltung zum Haushaltsplan 2013 am 23.11.2012 in Weißenau wurde eine Prognose über die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen bis Ende 2012 abgegeben. Trotz einer angekündigten Gewerbesteuer-Rückzahlung von bis zu 2.400.000 € erschien es zum damaligen Zeitpunkt realistisch, dass:

- die mit 6.750.000 € geplante Zuführungsrate überschritten wird,
- ein Überschuss bei der Grundstücksbilanz erzielt wird,
- die Kreditermächtigung nicht vollständig abgerufen werden muss und
- der Rücklage im begrenztem Umfang Mittel zugeführt werden können.

Möglich wird dies insbesondere durch Mehreinnahmen – Einkommensteuer, Finanzausgleich, Vergnügungssteuer, vorzeitige Ablösung Wohnbaudarlehen.

2. Eckdaten vorläufiger Abschluss (Stand 17.04.2013)

Das Regierungspräsidium hat bei der Genehmigung des Haushaltsplanes 2013 deutlich darauf hingewiesen, dass die Stadt künftig eine angemessene Risikovorsorge treffen muss und konsequente Konsolidierungsanstrengungen erforderlich sind (Verschuldung, Investitionsvolumen, Aufbau Rücklage). Der vorläufige Abschluss **kommt den Vorgaben der Aufsichtsbehörde nach**, indem:

- genehmigte Kredite in Höhe von 1.500.000 € nicht abgerufen werden,
- der Rücklage 2.400.000 € zugeführt werden, um die Mindereinnahmen aus der seit Mitte April vorliegende Gewerbesteuer-Erstattung aufzufangen,
- der Rücklage zusätzlich 1.350.000 € als Risikovorsorge zugeführt werden.

Im Zuge der Abschlussarbeiten zur Anlagenbuchhaltung können sich eventuell noch kleinere Veränderungen ergeben, die sich aber nur noch geringfügig auf die Zuführungsrate und die Rücklage auswirken. Die den Gremien jeweils zur Übertragung vorgeschlagenen Haushaltsreste sind berücksichtigt.

Ergebniszusammenfassung (jeweils gerundet):

• Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt	11.650.000 €
entspricht einer Ergebnisverbesserung von	4.900.000 €
○ anteilige Verbesserung im UA 1.9000 (Steuern, Finanzausgleich, Umlagen) wird zweckgebunden in die Rücklage eingestellt	+ 2.400.000 €
○ anteilig Budgetverbesserungen, Sperren	+ 2.500.000 €
• Verbesserung Vermögenshaushalt	+ 5.250.000 €
davon:	
○ über die höhere Zuführungsrate	+ 4.900.000 €
○ Eigenverbesserung Vermögenshaushalt	+ 350.000 €
• Umsetzung der Ergebnisverbesserung:	
○ Einsparung Kreditermächtigung	1.500.000 €
○ Zuführung allgemeine Rücklage	1.350.000 €
○ dito zweckgebunden für Steuerrückzahlung	2.400.000 €
• Verschuldung Kämmereihaushalt	
○ Stand 31.12.2011	31.944.000 €
○ Stand 31.12.2012	33.317.000 €
damit Netto-Neuverschuldung 2012	1.373.000 €
• Rücklagen der Stadt	
○ allgemeine Rücklage am 31.12.2011:	4.137.000 €
○ allgemeine Rücklage am 31.12.2012:	7.885.000 €
gesetzlicher Mindestbestand 2013 rund	- 2.815.000 €
gebunden für Gewerbesteuerückzahlung	- 2.400.000 €
verfügbarer Teil allgemeine Rücklage	2.670.000 €
○ zweckgebundene Stellplatzrücklage	837.000 €
○ Beseitigung Bahnübergänge (zweckgebunden)	28.000 €

3. Verwaltungshaushalt

Der vorläufige Abschluss schließt ab mit einer **Zuführungsrate** von knapp 11.650.000 €, das sind rund 4.900.000 € mehr als eingeplant. Anteilig knapp 2.400.000 € der Ergebnisverbesserung entfällt auf den Unterabschnitt 1.9000 (Steuern, Finanzausgleich, Zuweisungen und Umlagen). Durch die deutlichen Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und im Finanzausgleich werden zudem die Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer komplett aufgefangen.

Etwa 3.150.000 € (rund 2/3) der Gesamtverbesserung resultiert aus **Mehreinnahmen**. Auf die Bereiche Steuereinnahmen, Finanzausgleich und zweckgebundene Zuschüsse (hier aber entsprechende Mehrausgaben) entfällt mit 2.460.000 € der überwiegende Anteil (80 %). Die restlichen 690.000 € (20 %) betreffen eine Vielzahl von Finanzpositionen und Budgets. Die veranschlagten Gesamteinnahmen aus Gebühren, Mieten und Pachten, Erstattungen Dritter und Kostenersätzen wurden jeweils realisiert.

Die **Gewerbsteuer** schließt mit 38.300.000 €, damit 1.200.000 € weniger als eingeplant. Saldiert mit der geringeren Steuerumlage an das Land liegen die Nettoeinnahmen rund 820.000 € unter der Planung.

Die **Einkommensteuer** war auf der Grundlage des Landes-Haushaltserlasses mit 20.000.000 € veranschlagt. Wegen dem Verzicht auf einen Nachtragsplan ist eine unterjährige Plananpassung nicht erfolgt. Eingenommen wurden rund 21.600.000 €, damit 1.600.000 € mehr als geplant.

Auch die Einnahmen über den **kommunalen Finanzausgleich** basieren auf dem Haushaltserlass des Landes. Die Mehreinnahmen aus der Investitions-
pauschale und den Schlüsselzuweisungen summieren sich auf insgesamt rund 820.000 €. Weitere Verbesserungen von 110.000 € resultieren aus dem Familienleistungsausgleich und einer geringeren FAG-Umlage.

Bei der **Vergnügungssteuer** summieren sich Mehreinnahmen von 640.000 €. Damit wurden die Mindereinnahmen des Vorjahres kurzfristig und vollständig nachgeholt. Aus den sonstigen Steuereinnahmen (Grund- und Umsatzsteuer) resultieren weitere Einnahmeverbesserungen von knapp 50.000 €.

Anteilig 1.750.000 € (rund 1/3) der Ergebnisverbesserung im Verwaltungshaushalt betrifft **Minderausgaben**. Davon entfallen 470.000 € auf geringere Umlagezahlungen an das Land (Gewerbsteuer und Finanzausgleich). Der überwiegende Teil der Minderausgaben betrifft im Wesentlichen den Gebäude- und den Tiefbauunterhalt insgesamt (teilweise werden Einzelmaßnahmen in 2013 nachgeholt), die Bewirtschaftungskosten (Abrechnung 2011 mit einer Anpassung der Abschläge 2012) sowie die allgemeinen Verwaltungs- und Betriebsausgaben (insbesondere Planungs- und Honorarkosten, Bauleitplanung und Stadtentwicklung, allgemeine Gutachterkosten). Bei diesen Ausgabearten wurde auf die Übertragung von Haushaltsresten verzichtet.

Der Oberbürgermeister hat im Dezember 2011 auf Budgetebene eine **Sperre** der sächlichen Verwaltungs- und Betriebsmittel der Gruppierungen 5 und 6 (ohne Schulen und Schulsozialarbeit) in Höhe von 2 % oder rund 500.000 € verfügt. Diese pauschalen Minderausgaben sollten zunächst im Nachtragsplan konkret umgesetzt und zur Reduzierung der Kreditaufnahme verwendet werden. Über alle Einzelbudgets und übergeordneten Ämterbudgets hinweg wurde der verfügte Gesamtsperreibetrag pauschal realisiert und hat dadurch mit zur Kürzung der Kreditermächtigung beigetragen.

Für **Personalausgaben** waren insgesamt 22.665.000 € veranschlagt. Aus dem höheren Tarifabschluss für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ergaben sich zunächst Mehrausgaben von 150.000 €. Im Finanzbericht im Gemeinderat am 16.07.2012 wurde von verbleibenden Mehrkosten von etwa 100.000 € ausgegangen. Die Gesamtausgaben liegen im Ergebnis bei rund 22.765.000 € und damit, trotz des Tarifabschlusses, "nur" 70.000 € über der Planung. Die Personalkosten sind Teil der jeweiligen Budgetabschlüsse.

4. Vorläufiger Budgetabschluss 2012

Der Gemeinderat hat am 17.06.2012 einigen Budgetfortschreibungen und den Mehrkosten im Personalbereich (Tarifabschluss) mit einem Gesamtvolumen von 550.000 € zugestimmt. In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt wurden die Umschichtungen und Abdeckungen in den betroffenen Budgets gebucht und wegen der noch nicht abgeschlossenen Steuerprüfung ein anteiliger Haushaltsrest von 140.000 € gebildet.

Nur bei 6 der 139 Budgets liegen Mehrbelastungen > 25.000 € (Mindereinnahmen/Mehrausgaben) mit zusammen 620.000 € vor, ab 25.001 € ist der Verwaltungs- und Kulturausschuss, ab 100.001 € der Gemeinderat zuständig.

Budget		Abmangel (gerundet)	Begründung
1.1102	Verkehrswesen	153.000	Mindereinnahmen aus Bußgelder
1.4602	Familientreff am Schussendamm	35.000	Änderung Personalkosten Jugendarbeit Süd (neutral UA 1.4641) wegen fehlendem Nachtrag nicht erfolgt
1.6300	Straßen Kernstadt	210.000	deutlich höhere Winterdienstleistungen (Mehrerlös beim Betriebshof)
1.6309	Straßen Eschach	64.000	deutlich höhere Winterdienstleistungen (anteilig 50.000 € Mehraufwand Ortsbauhof = neutraler Mehrerlös)
1.7210	Abfallbeseitigung	57.000	anteilig 50.000 € höhere Abfuhrkosten, Rest Entsorgungskosten
1.7215	RaWEG	101.000	Wertstoffvergütung (Papierpreis)
	insgesamt	620.000	

Die unvermeidbaren Mehrbelastungen können alle durch die Minderausgaben der Gebäudewirtschaft und den Unterhaltungsausgaben für die Hoch- und Tiefbauten aufgefangen werden (siehe Ziffer 3). Detaillierte Erläuterungen der einzelnen Budgetabschlüsse mit Begründung der wesentlichen Abweichungen werden dem Gemeinderat im Rechenschaftsbericht zusammen gestellt (Beratung nach der RPA-Prüfung voraussichtlich im Herbst 2013).

Mit dem Rechnungsprüfungsamt ist abgestimmt, bei der Ermittlung der Budgetergebnisse nur die bereinigten Budgets zugrunde zu legen. Nicht kassenwirksame (neutrale) Verrechnungen bleiben unberücksichtigt (Verwaltungskosten, kalkulatorische Verzinsung und Abschreibung, innere Verrechnungen, Raumkostenverrechnungen). Über den Budgetabschluss entscheidet der Gemeinderat abschließend im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2012.

5. Vermögenshaushalt

- Aus den **Grundstücksgeschäften** (bebaut und unbebaut) im Einzelplan 8 war ein Einnahmeüberschuss von 4.400.000 € geplant. Das Ergebnis liegt bei 4.890.000 €. Die Verbesserung ergibt sich aus Mehreinnahmen von 220.000 € und Minderausgaben von 270.000 €.

- Alle **Hochbauinvestitionen** summieren sich auf knapp **6.450.000 €** und übersteigen damit den Gesamtansatz um 350.000 €. Die Einzelbeschlüsse zu den Mehrausgaben liegen vor – Jugendherberge und Bagnatoschloss mit 400.000 €, Umbau Marktstraße 13/15 mit 365.000 €. Die meisten Vorhaben sind realisiert oder begonnen. Schwerpunkte waren das Wohnprojekt "Südstadt" (2.400.000 €), die Jugendherberge (1.000.000 €), Maßnahmen in Schulen und Kindergärten (750.000 €) sowie das Feuerwehrgerätehaus Charlottenstraße (400.000 €).
- Für **Tiefbauinvestitionen** an Straßen und Gewässern wurden **3.775.000 €** aufgewendet (80.000 € weniger als geplant). In den allgemeinen Straßenbau wurden 1.500.000 € investiert (mit Beleuchtung, Signalanlagen, Geh- und Radwegen), für beitragspflichtige Erschließungsmaßnahmen weitere 720.000 €. Für Schul-, Sport-, Spiel- und Grünflächen wurden 920.000 € ausgegeben, für den Hochwasserschutz an Gewässern 440.000 €.
- Der Eigenanteil der Stadt an den 7 **Sanierungsgebieten** (UA 2.6150 ff.) summiert sich auf 1.130.000 € und liegen damit 90.000 € unter dem Gesamtansatz. In den Sanierungsgebieten wurde ein Ausgabevolumen von insgesamt 4.700.000 € umgesetzt. In der "Bahnstadt" sind durch die hohen Grundstückseinnahmen 2010 bereits 1.380.000 € an noch notwendigen Sanierungsausgaben (insbesondere Straßenbereiche) vorfinanziert.
- An **Erschließungs- und Ablösebeiträgen** waren 2.340.000 € eingeplant, eingenommen wurden 2.200.000 € (damit sind 94 % realisiert worden).

6. Kredite, Schuldendienst und Rücklagen

Die **Kreditermächtigung** beträgt 5.676.000 €, davon 1.500.000 € aus der Ermächtigung 2012 und 4.176.000 € aus der Ermächtigung 2011 (Haushaltsrest). Aufgenommen wurden zinsverbilligte Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3.202.000 €, damit verbleibt eine "freie" Ermächtigung von 2.474.000 €. Vorgeschlagen wird die Bildung eines Einnahmerestes von knapp 975.000 €. Dieses Kreditvolumen bezieht sich konkret auf das Wohnprojekt "Südstadt" (rund 282.000 €), den barrierefreien Umbau von Busbuchten 2012/2013 (rund 280.000 €) und die Erweiterung des Kindergartens St. Maria in Oberhofen (rund 413.000 €). In allen Fällen handelt es sich um zinsverbilligte Kredite aus KfW-Sonderprogrammen.

Auf die Übertragung der restlichen Ermächtigung von 1.500.000 € kann verzichtet werden, sie ist weder maßnahmenbezogen noch betrifft sie ein zinsverbilligtes Programm, die Ermächtigung verfällt damit.

Die **Schulden** im Kämmerei-Haushalt liegen Ende 2012 bei **33.317.000 €**, das sind 664 € je Einwohner. Die Netto-Neuverschuldung beträgt 1.373.000 €. Der **Durchschnittszins** aller städtischen Kredite liegt bei **2,92 %**. Für Zins und Tilgung waren 2.800.000 € veranschlagt, ausgegeben wurden 2.795.000 €. Höhere Tilgungsausgaben von 323.000 € sind durch geringere Zinsausgaben abgedeckt (Beschlüsse des Gemeinderates vom 16.07. und 01.10.2012).

Der **allgemeinen Rücklage** werden außerplanmäßig 3.750.000 € zugeführt. Ende 2012 sind in der Rücklage 7.885.000 € gebucht. Abzüglich des gesetzlichen Mindestbetrages 2013 für die Kassenliquidität sind zunächst 5.070.000 € verfügbar. Anteilig 2.400.000 € werden zum Ausgleich einer Steuerrückerstattung (Veranlagung 2011 eines großen Steuerzahlers) im Nachtragsplan 2013 benötigt. Der Bescheid des Finanzamtes ging im April bei der Stadt ein. Die vom Regierungspräsidium geforderte **Risikovorsorge-Rücklage** erhöht sich im Ergebnis des Jahresabschlusses um 1.350.000 € auf knapp **2.670.000 €**.

Für die **Schließung von 3 Bahnübergängen** (Eschach und Taldorf) hat die Stadt von der Deutschen Bahn AG zweckgebunden für Grundstückskäufe und notwendige Tiefbaumaßnahmen 1.075.000 € erhalten. Diese Mittel sind mit entsprechender Zweckbindung in der Rücklage gebucht. Für die 2013 vorgesehene Endabrechnung mit der Bahn stehen noch 28.000 € zur Verfügung.

Der zweckgebundenen **Stellplatzrücklage** werden zur Finanzierung der anteiligen Kapitalumlage 2012 an den GMS für den zentralen Omnibusbahnhof 18.352 € entnommen. Mehreinnahmen aus Stellplatzablösungen können in Höhe von 100.714 € in die Rücklage eingestellt werden. Der Stand der Rücklagen beträgt damit Ende 2012 rund 837.000 €.

Anlagen:

Rechnungsgruppierungsübersicht Stand 17.04.2013